



Entwicklungspolitisches Netzwerk

Hessen

EPN Hessen · Vilbeler Straße 36 · 60313 Frankfurt am Main

Pressemitteilung

Entwicklungspolitisches
Netzwerk Hessen e.V.

Vilbeler Straße 36
D-60313 Frankfurt am Main

Telefon +49 / (0) 69-91 39 51 70
Telefax +49 / (0) 69-29 51 04

Internet www.epn-hessen.de
eMail info@epn-hessen.de

Schuldenbremse in Hessen gefährdet soziale und ökologische Nachhaltigkeit Entwicklungspolitische NRO beteiligen sich an Plattform für handlungsfähiges Hessen

Frankfurt/M., 15.12.2010

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. hat zusammen mit anderen hessischen Organisationen, wie dem DGB Hessen-Thüringen, dem hessischen Beamtenbund, der LandesschülerInnenvertretung, Attac u.v.m. eine gemeinsame Plattform für ein handlungsfähiges Hessen gegründet. Damit reagiert das EPN Hessen auf den heutigen Beschluss von CDU, FDP, SPD und Grünen zur Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung. Am 27. März 2011 sollen die Bürgerinnen und Bürger Hessens über diese Verfassungsänderung in einem Volksentscheid abstimmen.

„Angesichts dieses parteiübergreifenden Irrwegs halten wir es für unsere Pflicht, die Hessinnen und Hessen im Vorfeld des Volksentscheids über die Konsequenzen ihrer Entscheidung aufzuklären“, so Dr. Martina Blank, die Koordinatorin des entwicklungspolitischen Netzwerks. „Dafür möchten wir die Plattform für ein handlungsfähiges Hessen nutzen.“

Welche Folgen derartige gesetzliche Sparzwänge haben, ist aus der öffentlichen Vergabepraxis bekannt. Bis April 2009 waren öffentliche Auftraggeber in Deutschland gesetzlich dazu verpflichtet, dem günstigsten Angebot den Vorzug zu geben. Ob es sich dabei auch um ein sozial und ökologisch nachhaltiges Angebot handelte, durfte qua Gesetz nicht in die Entscheidung eingehen. „Die Konsequenz solcher Sparzwänge sind mit Steinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit gepflasterte Fußgängerzonen und Polizeiuniformen aus menschenunwürdiger Produktion“, sagt die Koordinatorin des EPN Hessen. „Doch kaum gibt es Bewegung in dieser Sache, soll nun der nächste Sachzwang beschlossen werden.“

Nach einer Reform des europäischen Vergaberechts im Jahr 2004 und des deutschen Vergaberechts im Frühjahr 2009, wurde im Herbst 2009 im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der hessischen Landesregierung das Projekt „Hessen: Vorreiter für nachhaltige und faire Beschaffung“ gestartet. Es zielt auf eine umfassende Reform der Vergabepraxis in Hessen hin zur Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien.

„Mit der Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Verfassung werden die Spielräume für derartige Projekte entscheidend beschnitten“, warnt Frau Dr. Blank für das entwicklungspolitische Netzwerk Hessen. „Die Schuldenbremse entzieht dem Parlament ihre eigentlich zentrale Kompetenz, über notwendige Investitionen in Nachhaltigkeit zu entscheiden und macht politisch notwendige

Entscheidungen zu rechtlichen Sachzwängen, die dann die Gerichte zu verhandeln haben.“ Anstatt einer Schuldenbremse braucht es eine seriöse Debatte über Steuereinahmepotenziale. Ein zukunftsfähiges Hessen darf sich nicht auf dem Elend der Dritten Welt gründen, sondern muss in der Lage sein, seiner globalen Verantwortung nachzugehen.

Kontakt

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)

Dr. Martina Blank (Kordinatorin)

Tel. 069 9139 5170

E-Mail: presse@epn-hessen.de

www.epn-hessen.de